

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

144 (24.6.1912)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12-1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Buchdruckerei G. E. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die englische Wahlreformvorlage.

Die berühmte und schwer erkämpfte Reformbill von 1832 hatte die Zahl der Parlamentswähler nur von 435 000 auf 656 000 gesteigert und fast alle überlieferten Wahlmühsalbräute unangetastet gelassen. 1867 kam ein neues Reformgesetz, das die bis dahin auf 1 084 000 gestiegene Zahl der Wähler auf rund 2 1/2 Millionen erhöhte. 1884 waren es rund 3 Millionen Wähler. Die Reform von 1884/85 brachte die Zahl auf 4,9 Millionen. Von da an hatte jeder Mann in der Stadt und auf dem Lande, der über 21 Jahre alt und Inhaber einer eigenen Wohnung ist, Stimmrecht. Da jeder Grundbesitzer in jedem Preise, wo er Besitz hat, stimmberechtigt ist, auch die Universitäten, d. h. die früheren Studierenden, 9 Abgeordnete wählen, so gibt es eine große Zahl doppelt und mehrfach wahlberechtigter Personen, die eine ganze Reihe Mandate entgegen dem wirklichen Volkswillen zu bestimmen vermögen. Im ganzen beträgt die Zahl der Wähler jetzt 7 984 600. Davon sind rund 525 000 Pluralwähler und 49 600 Universitätswähler, so daß 7 410 000 wirkliche Wähler verbleiben. Die Vorlage, die in erster Lesung mit 274 gegen 50 Stimmen angenommen wurde, fügt rund 2 1/2 Millionen neue Wähler hinzu, so die Wählerzahl auf über 9,9 Millionen, d. h. fast knapp 22 Proz. der Bevölkerung, etwa der gleiche Satz wie im Deutschen Reiche, erhöht. Wahlvoraussetzung wird künftig nur ein sechsmonatiger Aufenthalt oder ebenjolange Beschäftigung an einem Orte sein. Bei Aufgabe des Wohn- oder Arbeitsortes bleibt das alte Wahlrecht bis zur Erwerbung des neuen bestehen. Eine Reihe weiterer Reformfragen, wie Vornahme der gesamten Wahl an einem Tage, Einführung von Stichwahlen (event. Proportionalwahlrecht oder Verjüngung über die Stimme für den Fall, daß sie nicht im ersten Gang Erfolg hat), Bestimmungen über Begrenzung der Wahlansgaben, Verhinderung des Mißbrauchs von Motorwagen, bleibt einer weiteren Vorlage vorbehalten. Dagegen ist die Abschaffung der privaten Führung der Wählerlisten durch die Parteien samt den zur Entscheidung von Streitigkeiten berufenen Wahlgerichtshöfen, die heimliche Führung und regelmäßige Veröffentlichung der Wählerlisten bereits in dieser Vorlage ausgesprochen. Nichts enthält die Vorlage vom Frauenstimmenrecht, über das die Meinungen innerhalb der Regierung auseinandergehen. Dagegen wird sich die Regierung seiner Einführung durch Amendement im Parlament nicht widersetzen. Im Falle seiner Annahme würden zu den 9,9 Millionen männlicher Wähler noch etwa 10,5 Millionen weibliche hinzukommen, also die Frauenwähler, dem Anteil der weiblichen Bevölkerung entsprechend, die Mehrheit der Stimmen erhalten.

Die Mitglieder des Hauses der Lords sollen künftig wahlberechtigt, jedoch nicht zum Hause der Gemeinen wählbar sein. Eine weitere Aufgabe ist die Neueinteilung der teilweise sehr verschiednen großen Wahlkreise. Damit will die Regierung warten, bis durch die Neuaufstellung der Wählerlisten eine sichere Uebersicht möglich geworden ist. Die Beseitigung des Pluralwahlrechts soll durch scharfe Strafen (bis 200 Pfd. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis, dazu Wahlrechtsverlust auf 7 Jahre) gesichert werden. Da 12 332 000 Männer über 21 Jahre vorhanden sind, bleiben nach der Vorlage noch immer 2 422 000 ohne Wahlrecht. Davon entfallen etwa 300 000 auf Ausländer, Geisteschwache, Verbrecher, Almosenempfänger. Da die Zahl der irischen Abgeordneten durch die Somerley-Vorlage von 103 auf 42 vermindert werden und nun auch die 9 Vertreter der Universitäten wegfallen sollen, würde sich, falls keine sonstige Vermehrung beschlossen wird, die Zahl der Abgeordneten von 670 auf 600 vermindern.

Die politische Wirkung des neuen Wahlgesetzes, an dessen Annahme wohl nicht zu zweifeln ist, dürfte den Parteien der Linken zugute kommen. Mag auch ein Teil der neuen Wähler aus Dienern reicher Häuser bestehen, so wird doch der größte Teil auf die eigentliche Arbeiterklasse entfallen. Dazu kommt der Verlust der Universitätsvertreter, die alle Unionisten sind und des Mehrstimmrechts. Betrug doch die Mehrheit der Konservativen bei ihren Wahlen von 1885 und 1900 nur 104 000 und 123 000 im ganzen Lande, während die Zahl der Mehrstimmwähler, die ganz überwiegend konservativ stimmen, eine halbe Million überschreitet. Dazu kommt die durch die Verschiedenheit der über mehrere Wochen zerstreuten Wahltermine erleichterte Ausnutzung der modernen Verkehrsmittel, die ihr Teil dazu beigetragen hat, daß die Linkenmehrheit, die 1906 = 836 400 gewesen war, bei den beiden Wahlen von 1910 auf 488 400 bzw. 350 200 herabsank. Auch die Neueinteilung eines Wahlkreises dürfte, ebenso wie die Einführung eines Stichwahl- oder Proporzsystems, speziell der Arbeiter-

partei Vorteil bringen. Heute stimmen noch viele Arbeiterwähler nur darum liberal, um nicht durch Stimmenzerplitterung dem Konservativen zum Siege zu verhelfen. Ein rationelleres Wahlsystem wird auch hier Wandel schaffen, namentlich, wenn erst durch die Beseitigung des Osborne-Urteils den Gewerkschaften die Freiheit politischer Betätigung zurückgegeben ist. Eine Klippe dürfte dem Gesetz nur an der Frauenwahlrechtsfrage entstehen, da ein Teil der Arbeiterpartei entschlossen ist, im Falle seiner Verweigerung die ganze Vorlage abzulehnen, während wiederum ein Teil bürgerlicher Abgeordneter die Annahme dieses Rechts zum Grund der Ablehnung des ganzen Gesetzes machen dürfte. Und ein Teil der Konservativen wird wohl am Ende gewiß einem Gesetz, das durch Schaffung größerer Wahlgerechtigkeit mit einer Menge reaktionärer Vorrechte und Rückständigkeitsfragen aufräumen will, die Zustimmung verweigern. Doch ist eine Ablehnung unwahrscheinlich. Ein Fortschritt in der Richtung zur vollen Demokratie, der die bisherigen politischen Reformen der Regierung wirksam ergänzen und das Schwergewicht der Arbeiterklasse im Parlament erheblich verstärken wird, steht in sicherer Aussicht.

Gegner der Besitzsteuer.

Der konservative „Dresdener Anzeiger“ verurteilt die Haltung, die die konservative „Kreuzzeitung“ zur Erbschaftsteuer einnimmt. Die „Kreuzzeitung“ hatte auf die bekannten Ausführungen der offiziellen „Leipziger Zeitung“ mit der Wiederholung des Heydenbrandischen Schlagwortes geantwortet: „Eine Steuer von den Lebendigen, aber nicht von den Toten.“ Dazu bemerkt jetzt das Dresdener Blatt: „Es wäre höchst bedauerlich, wenn das Wort so im Munde der Zeitung der konservativen Partei fände, denn es bliebe kein anderer Schluß, als diese für unüberlegbar zu halten. Was nützen alle Erklärungen der Opferwilligkeit, wenn den Worten nicht die Tat folgt? Mit der Phrase: „Wir wollen die Lebenden besteuern, nicht die Toten!“ sollen die Gegner der Erbschaftsteuer selbst in ländlichen Volksversammlungen vorzüglich sein, wenn sie ihre Ueberzeugung nicht in Mißtraut bringen wollen. Die Erben, denen die Steuer auferlegt werden soll, leben doch und werden im allgemeinen recht froh sein, wenn sie recht hohe Erbschaftsteuererträge zu erlegen haben. Ungerechtigkeiten und Härten aber lassen sich recht gut bei dieser Steuer vermeiden.“

Fast scheint es, als ob heute das Zentrum in der Erbschaftsteuer noch feindlicher gegenüberstehe, als die Konservativen. Wenigstens bringt die „Germania“ schon wieder einen langen Artikel, in dem der Nachweis versucht wird, daß diese Steuerart ganz unmöglich sei. Aus parteipolitischen Gründen und aus Gerechtigkeitsgründen. Aus parteipolitischen, denn woher sollte wohl das sächsische Finanzministerium ohne die 110 Sozialdemokraten eine Mehrheit nehmen. — Daß die Regierung eine Mehrheit mit den 110 Sozialdemokraten nicht akzeptieren darf, ist für das liberale Organ eine ausgemachte Sache.

Und aus Gerechtigkeitsgründen: Die Mindesterbsteuer ist nicht in der Lage, das mobile Kapital ebenso sicher zu fassen, wie das immobile. Bei einer Besitzsteuer auf die Lebenden gehe das schon leichter, aber auch da seien noch große Schwierigkeiten vorhanden und man müße ungemein weitgehende Beweismittel und harte Strafen für Defraudationen im Gesetz selbst vorsehen. Die „Germania“ zählt dann die Beweismittel, die mindestens zu allen schon vorhandenen hinzuzunehmen seien, auf:

1. Soderzeitige Einsichtnahme in die Geschäftsbücher und die gesamte Korrespondenz durch die Steuerbehörden.
 2. Beschlagnahme der Geschäftsbücher und Korrespondenz mit dem Tode des Todes.
 3. Gerichtliche Auseinandersetzung des gesamten Nachlasses.
 4. Eidenszwang für alle in Betracht kommenden Erben.
 5. Eidenszwang für die Bankiers, Sparcassen, Lebensversicherungsanstalten usw. an das Nachlassgericht.
 6. Ablieferung aller Depots und Gelder bei den Banken, Lebensversicherungsanstalten usw. an das Nachlassgericht.
- Als Strafen sollen dann in Betracht kommen:
1. Recht hohe Geldstrafen; von Gefängnisstrafen braucht man sich nicht allzuviel zu versprechen, denn mander Defraudant sitzt ruhig seine Wochen auf Staatskosten ab.
 2. Konfiskation des hinterzogenen Vermögens, eine solche ist unbedingt und in allen Fällen anzuspochen. Wer unter seinem Eide erklärt, er habe nicht mehr als die angegebene Summe als Gesamtvermögen, der soll auch nicht mehr besitzen. Die Abschreckungstheorie muß hier vorbeugend wirken.
 3. Aberkennung aller bürgerlicher Ehrenrechte ist als stets folgende Nebenstrafe festzusetzen.

4. Verlust der Orden und Titel kann für Kommerzienräte, Adelige usw. hinzukommen.

Wenn die „Germania“ dann am Schluß der Forderung Ausdruck gibt, daß die Schwierigkeiten, die der Einführung einer dem sozialen Ausgleich dienenden Besitzsteuer im Wege ständen, gelöst werden könnten, so ist das natürlich der reine Hohn. Sie hat es darauf abgesehen, den Besitzern des mobilen Kapitals den Geschmack an der Besitzsteuer zu verderben und sie mit den Großgrundbesitzern zu einer einheitlichen Phalanx gegen direkte Reichsteuern zusammenzuschweißen.

Deutsche Politik.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat ein neues Flugblatt erscheinen lassen, das den Titel trägt: „Die Frauen und die Politik“ und das, wie es in der Mitteilung an die bürgerliche Presse heißt, „gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die Frauen ihren Parteinteressen dienstbar zu machen, eine dringend notwendige Aufklärung vom bürgerlichen Standpunkte“ sein soll. — Diese Aufklärungsschrift ist vom gleichen Genre, wie die übrigen Flugblätter dieses Verbandes.

Professor Ludwig Bernhard fährt fort, sich als Agent der Scharfmacher zu betätigen. In einem Artikel im „Tag“ (Nr. 143 vom 21. Juni), den er „Sabotage in Deutschland“ überschreibt, gräbt er die längst widerlegte Räubergeschichte auf, daß einst bei einem Bäderstreik Glasstücke, Stednadeln und Zigarrenstummel von den Bädern ins Brot gebaden worden seien, um die bestreifte Fabrik zu ruinieren. Er erzählt dann, scheinbar auf Grund einer Gerichtsverhandlung, von einem verurteilten Streifer der Maschinenisten in der Dortmunder Union und zieht aus alledem diese Schlußfolgerung:

„Wir dürfen nicht übersehen, daß es heute bei der technisch verfeinerten Einrichtung unserer großen Industrie möglich ist, gewaltige Betriebe zu erschüttern, wenn nur einige Duzend Mann mit gut verteilten Rollen die Zentralen stilllegen. Wir dürfen über die Tatsache nicht hinwegsehen, daß die Arbeiterführer am Werke sind, mit Hilfe der Maschinenisten gewissermaßen das Herz der Industrie in ihre Gewalt zu bringen. Das ist die „neue Gewerkschaftstaktik“, die jeder, der an der Zukunft der deutschen Industrie Interesse hat, scharf ins Auge fassen möge. Man wird dann erkennen, daß Brentanos Lehre von der segensbringenden und ruhigen Entwicklung der Arbeiterorganisationen veraltet ist, und durch neue Tatsachen zerstört werden.“

Bernhard unterläßt es vorichtigerweise, die Schlußfolgerungen aus seinen Anklagen zu ziehen, um sich nicht vorzeitig scharfen Angriffen auszusetzen. Aber nach seinem bisherigen Auftreten kann der erneute Angriff auf die organisierte Arbeiterschaft nur darauf hinauslaufen, mit Zwangs- und Ausnahmegesetzen dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu Leibe zu gehen.

Die Kölner Richtung opponiert noch. Dem Befehl der preussischen Bischöfe an die „Kölner“ und die „Berliner“ den Streit zu beenden, wollen einige Blätter nicht ohne weiteres nachkommen. Der „Kölnener Volksfreund“ sagt, die Kundgebung des päpstlichen Nuntius kann natürlich nicht die Forderung als überflüssig aus der Welt schaffen, daß für alle Zukunft bestimmte Garantien geboten werden müssen, die uns vor ähnlichen Zwischenfällen bewahren.

Die „Essener Volkszeitung“ meint: Kom hat noch nicht gesprochen, sondern läßt ankündigen, daß die Sache unter Mitwirkung der Bischöfe geprüft werden solle. Die Prüfung und Entscheidung wird sich auf die Frage beziehen, ob den Katholiken der Beitritt zu den bestehenden interkonfessionellen Gewerkschaften nach wie vor gestattet werden kann, oder ob er aus religiös-sittlichen Gründen unstatthaft ist. Das ist die Gewissensfrage, die vor das kirchliche Forum gehört. Die Nichtkatholiken haben nicht dazuzureden. Wenn dem päpstlichen Wunsch gemäß die öffentliche Erörterung der Streitfrage eingestellt wird, so schließt das natürlich nicht aus, daß die beteiligten Arbeitervereine und deren Leiter ihren Bischöfen das Material unterbreiten, was sie zu ihrer Rechtfertigung und zur Klärung der Sache für angebracht erachten.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt in einer Polemik gegen die „Germania“, welche die Kundgebung des päpstlichen Nuntius als eine Rechtfertigung ihrer Haltung auslegte: Wir stellen einstweilen nur die Tatsache dieses Verhaltens fest, ohne selbst in eine Polemik einzutreten, so stark auch der Anreiz dazu ist, den die „Germania“ mit ihrem Artikel zu entsprechenden Entgegnungen und damit zu einer Wiederaufnahme des Streits bietet. Ob wir diese Reserve durchhalten können, wird davon abhängen, ob die „Germania“ und die Organe von und für „St. St. Berlin“ uns die Mäßigkeit dazu geben.

el.
Liefere ich
sämtliche
mer
jeder
islage.
n-Preisen.
en
Möglichkeit,
ng zu leisten.
ruhe
8775
las Hoffer.
er
hl-
en
cht!
1.
2.
3.
2.
3.
4.
5.
6.
ses ge-
8786
00 Treffer
sch mich vermit-
der Serienlos.
mich im Au- und
e Staats- und
ien-Lose, Wert-
delssicheren An-
en in das Bank-
en Geschäften zu
ngungen.
Gösch,
ist Karlsruhe,
Gebelstr. 11.
aber 8773
Gösch,
terie-Einnehmer
Süddeutschen
Loterie.
/11. Juli 1912.
braucht, ist billig
angeb. Gifen
r. Eing. Nachfr

Die Sozialdemokratie will die Industrie schädigen...
Die Lügenhaftigkeit der Münchener-Gladbacher hat, unterstützt von den geistesverwandten Reichsverbändlern, einen neuen Schwindel in die Welt gesetzt. Seit einigen Tagen läuft eine Notiz durch die Presse, in der, auf scheinbar wichtiges Material gestützt, die Behauptung aufgestellt wird, die Sozialdemokratie gehe bewußt darauf aus, die Industrie zu schädigen. Zum Beweise werden die Äußerungen des englischen Gewerkschaftlers Irving und des Heidelberger Arbeitersekretärs Thomas angeführt. Ueber die Irving'sche Äußerung konnten wir bisher noch keine Erkundigungen einziehen; das wird aber auch kaum notwendig sein, denn es dürfte sich mit dessen Äußerungen nicht anders verhalten, wie mit der Behauptung über die Rede des Genossen Thomas, die sich, wie wir voraussetzen, als dreifacher Schwindel und jesuitische Fälschung herausgestellt hat. Nach unseren Erkundigungen in Heidelberg ist uns von Teilnehmern an der fraglichen Versammlung, in der Thomas die industriefeindliche Äußerung getan haben soll, folgende Mitteilung zugegangen:

Am 4. Mai fand in Mosbach eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung statt, in der der christliche Gewerkschaftssekretär Irving ein Referat hielt. Arbeitersekretär Genosse Thomas trat als Diskussionsredner auf und führte aus: Daß bei einem Streit die Interessen der Arbeiter, denen der Arbeitgeber entgegensteht, steht fest, denn jeder der beiden Streitenden hat das Interesse, seinen Gegner zu schwächen. Wenn dadurch, wie beim Bergarbeiterstreit, die Unternehmer geschädigt werden, so sei es nicht Sache der Arbeiter, dafür zuzuschreiben und Schädigungen abzuwehren. Die Unternehmer haben in solchen Situationen ja die Möglichkeit, sich mit den Arbeitern zu verständigen und die Gefahr der finanziellen Schädigung abzuwenden. Wenn die christlichen Gewerkschaften in dieser Frage eine andere Stellung einnehmen, so beweist das eben nur, daß bei diesen die Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer höher eingeschätzt werde, als auf die der Arbeiter.

Soweit die Äußerungen des Arbeitersekretärs Thomas. Sie sind absolut selbstverständlich. Daß in einem Kampfe, den Arbeiter mit Unternehmern zu führen haben, die Arbeiter nicht so einseitig sein werden, ihre Interessen zu verletzen und die Interessen des Unternehmertums besonders in ihre Obhut zu nehmen, das dürfte selbst die eifrigsten Scharfmacher nicht verlangen! Es gehört die ganze Unberücksamtheit der Münchener-Gladbacher Sippschaft dazu, auf diesen selbstverständlichen Äußerungen herauszubasteln, daß die Sozialdemokratie oder die organisierte Arbeiterschaft darauf ausgehe, die Industrie bewußt zu schädigen.

Der verjüdete Adel. Um dem berühmten „dringenden Bedürfnis“ abzuhelfen, ist im Kyffhäuser-Verlag zu Weimar ein Pendant zu dem Gothaischen Adelskalender erschienen, das sich den „Semigotha“ heißt und durch seinen Namen schon seinen Inhalt andeutet. Es will ein historisch-genealogisches Taschenbuch des gesamten Adels jüdischer Herkunft sein. Der Propagandaapparat teilt mit, daß das Material durch jahrelangen, gewissenhaften Fleiß deutscher Edelente zusammengebracht worden sei. Ein künftiger deutscher König, sowie ein kaiserlicher Prinz befänden sich unter den ersten Bestellern. Man darf also wohl nicht daran zweifeln, daß es sich hier um eine ernsthafteste Unternehmung handelt. Ihr Ergebnis aber ist sehr interessant, denn da finden wir unter den Abkömmlingen jüdischer Abstammung den Fürsten Hensel von Donnersmarck, die Grafen Bethus y Hue und Oriola, den Freiherrn Seyl zu Herrnsheim, die Normann (also auch den Vorstehenden der konservativen Reichstagsfraktion), die Finanziers Schilder, Gwinner, Hansemann und Koch (von der Deutschen Bank), den großen Historiker Professor Ranke, die Miquel, Ganiel, Perchenfeld. Nebenbei erfährt man auch, daß 8 Päpste und zahlreiche kardinale semitischen Ursprungs gewesen sind. Was wird nun die „Kreuzzeitung“ sagen, die neuerdings so besonders lebhaft den jüdischen Geist, der doch wohl der jüdischen Rasse entspringt, bekämpft? Ob sie sich nicht doch aus Rücksicht auf ihre Abonnenten ein wenig Zurückhaltung auferlegt?

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreher.
(Fortsetzung.)

68
Malba sah Silvester in die brennenden Augen, fuhr mit der Hand durch sein Haar und sagte leise: „Ja, ich will bei dir bleiben. Ob so, oder so.“ Und sie schloß die Augen und küßte ihn.
Da war sein Schwächeanfall vorüber, denn erfüllte ihren starken Einfluß, der gleichsam seine Nerven stärkte. Nun sollte sie alles wissen, damit sie ihn auch ganz begriff. Sie stand da und hörte ihm schweigend zu; sah sein erregtes Mienspiel, durchlebte den Vorgang mit dem Diener und empfand die ganze Niederträchtigkeit, mit der man ihm hinterriß die Schlinge um den Hals zu legen trachtete. Und was über ihre Lippen kam, war immer daselbe. „Auf, auf!“ Ihre Brust wogte, ihr Atem ging heiß, und sengend empfand sie die Schmach, die man auch ihr angetan hatte. Ja, nun sah sie es ein: sie selbst war seinem Vater im Wege, als eine Unwürdige, als ein hergekauftens Frauenzimmer, dem in seinen Augen nur der Schmutz der Armut anklebte. Empörung fladerte in ihr auf, die stumme Empörung der still Gepeinigten. Und aus Stolz war ihr Entschluß gefaßt. Sollte sie auch seine Frau nicht werden können, so wollte sie ihm doch die Freundin bleiben, die ihm mit ihrem scharfen Verstande in seinem Kampfe treu zur Seite blieb. Sie liebte den Menschen in ihm, der ihr seelenverwandt geworden war. Und hatte man von ihr etwas anderes erwartet, so sollte man bald zu einem neuen Glauben kommen. So wuchs sie in diesen Minuten zur Größe empor, vor der sie selbst zu schauern begann. Der erste Schritt war getan, der zweite mußte folgen, damit sie sich vor Väterlichkeit bewahre. Kampf gegen die mißbrauchte Gewalt, gegen verrottete Anschauung — das sollte ihre Lösung sein, und müßte sie selbst zur erklärten Geliebten Silvesters werden. Ausgestoßen hatte man sie bereits, was kam es also darauf an, ob man sie noch ein wenig mehr verachtete? Wenn sie nur das blieb, was sie bleiben wollte: der Mensch mit Persönlichkeitsgefühl und eigenem Willen.

Ausland.

Belgien.

Die Gleichheit vor dem Gesetz in Merikaler Auffassung.
In den Jahren 1908—1911 wurden in Belgien richterliche Beamte mit folgender Parteistellung ernannt: 263 Merikale Richter, 41 Liberale; zweifelhafter Parteistellung 16. Von den 155 in den 4 Jahren ernannten Notaren waren 114 Merikale, 26 Liberale, 15 unbekannter Parteistellung. Nicht ein einziger sozialistischer Richter oder Notar. Die Stellen sind eben nur für Verwandte und Freunde der Merikalen reserviert.
Auf diese Feststellung antwortet die belgische Merikale Presse: Die Liberale haben es vor 1888 auch nicht anders gemacht!

Badische Politik.

Die fortschrittliche Rüstungspolitik.

Wir waren so frei, den fortschrittlichen Politikern, speziell Herrn Dr. Haas, dem Vertreter des 10. bad. Reichstagswahlkreises, verschiedentlich unter die Nase zu reiben, wie prompt die verschiedenen Großmächte auf die deutscherseits durchgeführten neuen Rüstungen, denen die gesamten bürgerlichen Parteien sämtlicher Gutsfassens mit Hurra zustimmen für dringend notwendig fanden, mit Rüstungen ihrerseits antworteten. Es ist uns bis jetzt nicht gelungen, die Herren aus den fortschrittlichen Kaufgräben herauszulockern. Endlich kommt jetzt der „Bad. Landesbote“ und will in seiner politischen Wochenrundschau am Samstag eine Art Rechtfertigung für die fortschrittliche Hurra Stimmung herstellern. Nach verschiedenen gelehrten klingenden Ausführungen über das „von der Nordsee nach dem mittelländischen Meer verschobene Gefahrezentrum“ schreibt das Blatt:

„Wenn man sich all diese Dinge vergegenwärtigt, die erneut zeigen, daß jeder verantwortliche Politiker mit der Möglichkeit eines europäischen Krieges jeden Tag rechnen muß, so kommt einem die fortgesetzte Nörgelei der deutschen Sozialdemokratie an der „Rüstungspolitik“ doch recht kleinlich vor. Vergeßt doch kaum ein Tag, an dem nicht beispielsweise der Karlsruher „Volkstfreund“ den Reichstagsabgeordneten des 10. badischen Wahlkreises apostrophiert unter Hinweis auf dessen Zustimmung zu den deutschen Wehvorlagen. Es ist wirklich so, als ob die deutsche Sozialdemokratie ihre Augen wissend vor der fortgesetzten kritischen Lage der Weltpolitik verschließt. Das aber ist kaum noch eine Politik, für die man die Verantwortung vor der Volksgeschichte und Volksgunft übernehmen kann! Doch dies nur nebenbei. Die Konsequenz aus der Weltlage hat mittlerweile auch unser Bundesgenosse Oesterreich-Ungarn gezogen, das sein Heer nicht unbedeutlich verstärken wird.“

Wir müssen schon sagen, daß der „Landesbote“ die politische Intelligenz seiner Leser und diejenige der Dessenlichkeit sehr gering einschätzt, wenn er glaubt, hier einfach mit der Verwechslung von Ursache und Wirkung operieren zu können. Nicht nur Oesterreich-Ungarn rüsten jetzt nach Annahme der deutschen Heeresvorlage, sondern auch Frankreich und England gehen mit neuen Rüstungsplänen um. Das dürfte der Redaktion des „Landesboten“ ebenogut bekannt sein wie uns. Aber das ist es ja, worauf wir seinerzeit schon hingewiesen haben, als Herr Dr. Haas in seinen Wahlversammlungen die damals schon in der Luft liegenden Heeresvorlagen verteidigte. Daß es so und nicht anders kommen wird, wußten wir. Die Staaten um Deutschland herum werden alle, alle rüsten unter ausdrücklicher Berufung auf die deutschen Rüstungen und der „Landesbote“ mag uns einmal eine Antwort auf die Frage geben, was dann praktisch für uns erreicht ist. Wir werden binnen kurzem in den militärischen Machtverhältnissen den status quo ante, im übrigen aber einen Haufen neue Militärlasten haben, für deren Deckung zu sorgen die Bürgerlichen in ihrer Hurra Stimmung noch nicht mal für notwendig erachteten.

Wenn die Fortschrittendemokraten glauben, ohne die Zustimmung zum neuesten Raubzug der Rüstungsinteressen „kaum noch die Verantwortung vor der Volksgeschichte und Volksgunft“ — übrigens heller Unsinn —

übernehmen zu können, so beneiden wir die Herren nicht um ihr Gewissen. Wenn einmal die Rechnung in Gestalt von neuen Steuervorlagen kommt — und die kommt, denn die Kapitalisten und Junker, die allein den finanziellen Vorteil aus den bis zum Wahnsinn getriebenen Rüstungen haben, wollen nichts zahlen und dem Volke großmütig die Zahlungspflicht überlassen — dann wird der „Landesbote“ mit seinem Verantwortungsgefühl vor der „Volksgeschichte“ und „Volksgunft“ nicht weit kommen. Die Herren Fortschrittendemokraten können sich aber mittlerweile Pichelhaubenspitzen auf ihre Schlapphüte machen lassen, damit man schon von weitem diejenigen kennt, die für unser chronisches Finanzelend mitverantwortlich sind.

Gegen die in Baden geplante Erhöhung der Warenhaussteuer

hat sich auch der Verband deutscher Einkäufer mit einer Eingabe an den Landtag gemeldet. Seine Mitglieder wissen ja am besten, daß die bisherige Sonderbesteuerung der Warenhäuser ihren Zweck völlig verfehlt hat, indem die Steuer teilweise auf die Lieferanten, teilweise auf das laufende Publikum abgewälzt wurde. Wenn auch der Zwang zur Steigerung der Verkaufspreise der Hauptzweck der Steuer im Sinne ihrer Befürworter ist, so sollte ein Bundesstaat sich doch hüten, angesichts der steigenden, als ungerecht empfundenen Reichsteuern auf den Konsum und der dadurch verschärferten Lennerung noch neue Lasten auf den Verbrauch der breiten Massen zu legen.

Besonders gefährdet seien auch die Angestellten der Warenhäuser, da die neue Steuer zusammenzutreffen würde mit der neuen Pensionsversicherung, die für das große Personal erhebliche Aufwendungen bedingt und dem bisherigen Bestreben der meisten Warenhäuser, in der Bezahlung ihrer Angestellten über dem Durchschnitt zu stehen, Einhalt tun könnte. Der Verband deutscher Einkäufer spricht sich daher für eine Reform der allgemeinen Gewerbesteuer, für direkte Besteuerung großer Einkommen und Vermögen, für eine Abschaffung der den kaufmännischen Reichsteuern und für eine soziale Verteilung der Reichslasten, aber gegen die ungerechte und verfehlte Sondersteuer vom Umsatz der Warenhäuser aus.

Die von der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“

sind aus Anlaß der von der bayerischen Regierung unternommenen Forderung des Jesuitengesetzes einander in die Haare geraten. Zu den diversen Gegenfundgebungen protestantischer Diözesanynoden und evangelischer Bundesversammlungen meinte gestern der schwarze „Pfälzer Bote“ verärgert:

„Wozu soll denn die ganze Satz dienen? Will man etwa uns Katholiken zu Gegenfundgebungen provozieren? Da würde der Ev. Bund seine Bedeutung bei uns gewaltig überschätzen.“

Und auch der protestantisch-liberale Karlsruher Pastor Rhode hat dem Heidelberger Waldmichelchen angetan, indem er sich für den nichtkonfessionellen Religionsunterricht, für Aufhebung der Staatsdotationen an die Kirchen und für Beibehaltung der Simultanschule ausgesprochen hat. Er meint der „W. B.“, „großes Aufsehen erregt“.

Ob die gefeitelte Seite der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“ nun bald merkt, zu was ihr Bund mit der geschorenen gut ist? Dem Zentrum die Kastranen aus dem politischen Feuer holen, jeden kulturellen Fortschritt mit unterdrücken und die Machtstellung der katholischen Kirche gegenüber dem Staat stärken helfen, das dürfen die Herren: sobald sie sich aber unterstehen, ihre eigenen konfessionellen Interessen zu wahren und dabei der Waderei nahezutreten, bekommen sie auf die Finger geklopft. Wie lange sie sich das noch werden gefallen lassen?

Gegen die Fleischsteuerung.

Der Landesverband Baden des Sanfahubundes für Gewerbe, Handel und Industrie hat im Hinblick auf die fortdauernde Fleischsteuerung mit Eingabe vom 3. Juni an das Ministerium des Innern die drin-

weisen. Nicht alle Menschen können das von sich sagen. . . Willst du mich ganz erkennen, dann sei morgen zwischen elf und zwölf hier.“

Kurz vorher hatte Direktor Leichert in Malba Abwesenheit die Pensionsinhaberin gebeten, ihn hier den anderen Tag bei dem Fräulein anzumelden. Silvester erschien pünktlich und begab sich in ein kleines als Durchgang bemerktes Zimmer, wo er durch die Tapetentür alles hören konnte, was im Speisealon, der zugleich als Empfangsraum diente, gesprochen wurde. Um diese Zeit war alles ausgeflogen, und so konnten die beiden ungehört sprechen.

„Ich komme, um Ihnen meinen Dank für Ihr liebenswürdiges Entgegenkommen zu sagen,“ begann Leichert in einer Art, die auf eine gut gewählte Einleitung schließen ließ. „Wie es scheint, haben Sie sich bereits beruhigt, mein Fräulein.“

„Es geht, ich kann nicht klagen.“
„Sehen Sie Herrn Silvester öfters?“
„Jeden Tag.“

„So, so. Er belästigt Sie also wohl noch?“
„Das kann ich gerade nicht sagen. Er zeigt nach wie vor dieselbe Liebenswürdigkeit.“
„So, so. Und Sie haben dagegen nichts einzuwenden?“
„Durchaus nichts, Herr Direktor. Wir sind ja verlobt miteinander.“

Ein Stuhl rückte. „Zimmer noch? Aber Verehrte, ich gab Ihnen doch zu bedenken, und wenn ich recht zu entnehmen glaubte, so hatten Sie auch die Absicht . . .“
„Ich habe keine andere Absicht, Herr Direktor, als mein Wille sie mir vorzuschreiben.“
„Und diese Absicht wäre, mein Fräulein, sich von Herrn Silvester heiraten zu lassen?“

„Das ist lediglich meine Privatangelegenheit, Herr Direktor. Ich bin alt genug, um zu wissen, was ich zu tun habe.“

„Aber Herr Silvester weiß nicht, was er tut.“
„Doch, doch. Er ist ganz vernünftig, er hat nur das Unglück, von seiner Familie nicht verstanden zu werden.“

„Das ist ja ganz etwas Neues, mein Fräulein. Ich verstehe Sie nicht. . . ich begreife Sie nicht. . .“
„Es genügt schon, wenn ich mich selbst verstehe, Herr

gerde
Schwe
günstig
werden
1904 e
durch
erjudt
Eingab
der G
die G
konnte
stellte
einige
N o r d
15 000
gegeben
in den
Notwe
gend d
Licht
Betrag
werden
durch
förper
Be
ler un
niman
sohle
Spiel
ihrer
findet
demok
R a m
dem J
ministe
nahme
w e h r
Regier
len J
de ut
einen
vor ein
gendw
nent,
rolle
tung a
das B
in Kün
mung
für die
feinen
bei de
Es
zu ma
werden
jonder
So
haupte
Strebe
Breite
treten
daß lie
vor un
glaube
bauer
Do
denn i
Bunde
Nachde
Direkt
taziert
beifers
milie
Das h
Silbes
hat, u
„Aufzu
„D
gegen
Ma
Sie lie
dung.
Zeit.
Er
Schmitt
Wo
sie in
ein K
über n
So be
„D
gebord
Zn
fie be
zu übe
Sü
Lore l
aufgeg
walt d
wagte.
Di
großen
als B
Wuff
die Un
gen. I
dagege

gerade Bitte gerichtet, sich unter Hinweis auf die in der Schweiz mit der Einfuhr argentinischen Viehs gemachten günstigen Erfahrungen neuerdings an den Reichsfanzler wenden zu wollen, um die Aufhebung des im Jahre 1904 erlassenen Verbots der Vieheinfuhr aus Argentinien durchzusetzen.

Staatsmittel für die Jugendpflege.

Im zweiten Nachtrag zum Staatsvoranschlag, der vor einigen Tagen der Kammer zugegangen ist, erscheint „zur Förderung der Jugendpflege“ ein Posten von 15 000 Mk. Die Begründung, die für die Anforderung gegeben wird, sieht recht harmlos aus.

Welche Bestrebungen mit den Mitteln der Steuerzahler unterstützt werden sollen, weiß jedermann, wie auch niemand unbekannt sein dürfte, daß die Begründung eine hohle und unwahre ist. Wenn die Jugend durch Turnen, Spiel und andere körperliche Übungen gefördert werden soll, die unter Ausschaltung aller politischen Ziele durch Turnen, Spiel und Wandern sowie durch andere körperliche Übungen die Jugend weiterbilden.

Die Kalipolitik des Bundes der Landwirte.

Es ist wichtig, unsern Landwirten immer wieder klar zu machen, wie sie von ihren Vertretern, die ihnen der Bund der Landwirte aufstellt, an der Nase herumgeführt werden und daß die Beauftragten nicht ihre Interessen, sondern die der Großgrundbesitzer verteidigen.

So gehen die Bundesagitatoren mit der Behauptung hausieren, die Kleinbauern hätten es nur dem eifrigen Streben des Bundes der Landwirte zu verdanken, daß die Kalipolitik des Bundes der Landwirte nach dem Inkrafttreten des Kaligesetzes so erheblich gefallen seien.

Doch allzu viele werden nicht mehr ins Garn gehen, denn mancher, der früher blindlings jenen Aposteln der Bundeshauptlinge Gefolgschaft leistete, läßt sich jetzt zum Nachdenken bewegen.

Gerade bei Wahlbewegungen wird man den Kleinbauern darlegen müssen, daß der Bund der Landwirte keinen Grund hätte, sich als den aufzuspielen, der den Preissturz des Kali durch seine Mitarbeit zur Einführung des Kaligesetzes herbeigeführt hat.

„Der Bund der Landwirte lieferte seine Mitglieder der Auswanderung des Kalisyndikats schon zu einer Zeit aus, da von den billigen außerordentlichen Verläufen nach dem Auslande, die dann den Anstoß zum Kaligesetz gaben, noch gar keine Rede war.“

Das geschah während einer Zeit, in der Differenzen in der Kaliindustrie gar nicht hervortraten, in der man vielmehr an eine glatte Erneuerung des Syndikatsvertrags glaubte.

Diese Schmiergeldgeschäfte ertredete sich bis ins Jahr 1910 hinein! Wie lange lassen sich die Kleinbauern noch Kriemen aus ihrem Felle schneiden?

Zur Erledigung der Landtags-Beamtenpetitionen. Der Verband der Stationsvorsteher und Betriebsassistenten der Gr. Bad. Staatseisenbahnen hat sich in einer kürzlich stattgefundenen Verbandsvorstandssitzung mit den Landtags-Beamten-Petitionen beschäftigt.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe. Gounods beliebteste Oper „Margarète“, deren Aufführung im Laufe dieser Spielzeit wiederholt lebhaft gewünscht wurde, wird am Sonntag, den 30. Juni, dem vorletzten Sonntag der Saison, zu einer einmaligen Aufführung in den Spielplan aufgenommen.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 24. Juni. B. 70. „Paracelsus“, Verspiel in 1 Akt von Arthur Schnitzler. — „Liebeslied“, Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Anf. 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

den, keinerlei Verbesserung ihrer Lage vorgeesehen ist. Als ein Akt der Gerechtigkeit müßten es die betr. Beamten empfinden, daß die Landstände, insbesondere die Mitglieder der Beamtenkommission, noch in letzter Stunde alles aufbieten, um die schreiende Ungerechtigkeit, die sich durch fortwährende Steigerung der Lebensmittel gerade in den Kreisen der Beamten der unteren Gehaltsklasse besonders fühlbar macht, aus der Welt zu schaffen.

Die Regelung des Feuerbestattungswesens.

Namens der Kommission für Justiz und Verwaltung der ersten Kammer hat Staatsrat Dr. Süß über den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches Bericht erstattet, der zunächst bezweckt, den lediglich durch Ortsstatut geregelten Bestimmungen über die Feuerbestattung eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Aus Anlaß der beantragten Gesetzesänderung hat der Verband der badischen Vereine für Feuerbestattung die Herbeiführung eines klaren Rechtszustandes durch ein die nahlweise Feuerbestattung regelndes einheitliches Gesetz verlangt, dessen Grundlage auf der unbedingten Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden Bestattungsarten beruhen müsse.

Im übrigen hat die Regierung in der Kommission erklärt, daß sie die Grundsätze für das Feuerbestattungswesen in Uebereinstimmung mit den bis jetzt darüber bestehenden ortspolizeilichen Vorschriften durch eine allgemeine Verordnung regeln will.

Freitag, 28. Juni. B. 69. „König für einen Tag“ (Wenn ich König wäre!), romantisch-fomische Oper in 3 Akten, Musik von Adolphe Adam, überfetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet von Paul Wolff. Anf. 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Samstag, 29. Juni. C. 71. „Samlet, Prinz von Dänemark“, Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, überfetzt von Schlegel. Anf. 7 Uhr. Ende 7/11 Uhr.

Sonntag, 30. Juni. 39. Vorf. auf Ab. Einmaliges Gastspiel der Kammerfängerin Annie Gura-Gummel: „Margarète“, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod.

Montag, 1. Juli. 40. Vorf. auf Ab. für den Verein Volksbildung. „Mädchen von Seilraben oder die Feuerprobe“, großes historisches Ritterchauspiel in 5 Akten und einem Vorpiel von Kleist.

In Baden-Baden:

Mittwoch, 26. Juni. 8. Vorf. auf Ab. Zum erstenmal: „Oberst Chabert“, Musiktragödie in 3 Akten, Text frei nach Balzac, Comtesse à deux maris und Musik von Hermann Wolfgang v. Waltershausen. Anf. 8 Uhr. Ende 7/10 Uhr.

Literatur.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Wichtig für Arbeiter. Soeben erschien im Kommissionsverlag der Süddeutschen Volksbuchhandlung, München, Sendlingerstraße 20, ein Führer durch die deutsche Arbeiterversicherung (Reichsversicherungsordnung) enthalten Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz, Witwen- und Waisenversicherung mit Erläuterungen von Erhard Amann, Schiedsgerichtsassistent in Landshut.

Zu dieser vorliegenden 88 Seiten starken Broschüre zum Preise von 35 Pf. dürfte wohl alles das zusammengefaßt und erläutert sein, was auf dem umfangreichen Gebiete der deutschen Arbeiterversicherung für den Arbeiter von Wichtigkeit ist. Zu beziehen durch unsere Parteibuchhandlung.

Kleines Feuilleton.

Die Rousseau-Feier in Genf am 28. Juni soll zu einem großen Volkstag werden: Der Staatsrat hat den Tag offiziell als Feiertag erklärt, an welchem Quartierbanketts, Umzüge, Musik- und Theateraufführungen stattfinden sollen.

(Fortsetzung folgt.)

Gerren nicht ung in Ge die kommt, den finan- getriebenen den Bolle dann wird sgefühl vor t weit kom- ten sich aber Schlapphüte n diejenigen mitberant.

infäuser Seine Mi- Sonderbe- verfehlt hat, teilweil- igt wurde. Verkaufsprei- Befürworter- angeht die- steuern auf- merkung noch- Massen zu

effen würde- ng, die für- bedingt und- enhäuer, in- Durchschnit- tlicher Ein- allgemeinen- kaufmänni- teilung der- efehlt Son-

ung unter- es einander- ndgebungen- der Bundes- r fälzet

undgeb- Co. Bund- en.

über Pastor- angetan,- gionsunter- die Kirchen- bruch. Da- nen erregt“.

n christlichen- und mit der- und aus dem- schritt mit- chen Kirche- die Herren:- n konfessio- aderei nahe- lopft. Wie

lick auf die- mit Eingabe- n die drin-

Malvas Ab- vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

hr liebens- Teichert in- ng schließ- ubigt, mein

vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

vier den an- Silvester er- Durchgang- alles hören- ofangraum- alles ausge- rechen.

Sitzung des Bürgerausschusses in Karlsruhe.

(Schluß.)

Ankauf des Hauses Waldhornstraße Nr. 50.

Das Grundstück Lagerbuch Nr. 1775, Haus Waldhornstraße Nr. 50, im Flächenmaß von 195 qm zum Preise von 9900 Mk. soll angekauft und der entsprechende Aufwand einschließlich der Kosten im voraussichtlichen Betrage von 334.80 Mk. aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Da die Eigentümer nicht in der Lage sind, die Kosten eines Neubaus zu bestreiten, haben sie das Grundstück der Stadtgemeinde zum Kauf angeboten. Der Stadtrat glaubte, das Angebot nicht von der Hand weisen zu sollen, zumal das Grundstück nicht unerheblich durch die südliche Bauflucht der Waldhornstraße angegriffen wird, derart, daß 31 qm zur Verbreiterung der Straße benötigt werden. Obwohl die für die Lieberbauung in Betracht kommende Restfläche hiernach nur noch 164 qm umfaßt, ist sie doch für die Erstellung kleiner (3- und 4-Zimmer-) Wohnungen völlig ausreichend.

Der nach längeren Verhandlungen vereinbarte Preis von 60 Mk. pro Quadratmeter dürfte in Anbetracht des Umstandes, daß es sich um ein Eckhaus handelt, als vertretbar zu bezeichnen sein.

Stadtv. Seibrog begrüßt die Vorlage. Der Stadtrat sollte die Notlage, in welcher sich viele der dortigen kleinen Hausbesitzer befinden, nicht allzu ausnützen. Der Preis, welchen in diesem Falle die Stadt der Besitzerin, einer Witwe, zahlen wird, ist bedeutend unter dem, was der Anschaffungswert betrug.

Der Oberbürgermeister erklärt, daß die Leute anscheinend bezahlt würden; es ist gegeben worden, was verlangt wurde.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme; ebenso die Errichtung eines Tierhäusles im Krankenhaus.

Bei letzterem Punkte moniert Stadtv. Stoll den hohen Kostenpunkt von 12000 Mk.

Unter Zurückziehung der Vorlage vom 24. Oktober 1911 wird beantragt, daß die

Ettlingerstraße von dem Bahübergang bei der Moselstraße bis zur Nebenstraße

umgebaut, mit einer doppelgleisigen Straßenbahnlinie versehen und die Fahrbahn mit Granitpflaster gebedt wird, auf der genannten Strecke elektrische Beleuchtung eingerichtet, ein 250 Millimeter harter Wasserrohrstrang vom Bahübergang bei der Moselstraße bis zur Schützenstraße verlegt, der hierzu erforderliche Aufwand zum Teil (36 250 Mk.) aus laufenden Mitteln, der Rest (277 216 Mk.) aus Anlehensmitteln bestritten und zur Verwendung dieser Anlehensmittel eine Frist bis zum 31. Dezember 1913 eröffnet werde.

Anfolge der Bahnhofsverlegung ist ein Umbau der Ettlingerstraße erforderlich, der möglichst bald ausgeführt werden sollte. Der Stadtrat hat bereits unter dem 24. Oktober 1911 dem Bürgerausschuss eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet. Es sind jedoch damals Bedenken hinsichtlich der Breite der Fahrbahn (7,5 m) und des östlichen Gehweges (2,5 m), des besonderen Bahnkörpers und der vorgeschlagenen Granitpflasterung ausgedrückt worden, die dazu geführt haben, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Es hat sich hierbei ergeben, daß bezüglich der drei ersten Punkte den Bedenken größtenteils Rechnung getragen werden kann; was die Granitpflasterung betrifft, glaubt dagegen der Stadtrat auf keinem Vorschlag bestehen zu müssen.

Bezüglich des Abbaus von Wasserwerk bis zur Nebenstraße sind die Vorarbeiten noch nicht so weit gediehen, daß jetzt schon eine Vorlage an den Bürgerausschuss erstattet werden könnte, es empfiehlt sich deshalb, mit der Herstellung der Ettlingerstraße sühlich der Nebenstraße vorerst noch zu warten. Dagegen sind jetzt auch die Mittel für die elektrische Beleuchtung der Straße, die in gleicher Weise wie in der Karl Friedriksstraße ausgeführt werden soll, angefordert. Was den Umbau der Ettlingerstraße selbst betrifft, so ist folgendes zu bemerken: Es soll durch die Straße eine doppelgleisige Straßenbahnlinie zum Hauptbahnhof geführt werden; soweit tunlich, soll der Straßenbahn im Interesse der Sicherheit und Schnelligkeit des Verkehrs und zur Verringerung der Kosten für Gleis- und Pflasterunterhaltung ein besonderer Bahnkörper zugewiesen werden; das erste ohne weiteres möglich auf der Strecke zwischen der Schützenstraße und dem südlichen Ende des Stadtparkes. Da hier auf der Westseite außer der Seitenfront des Vorderhofes kein Gebäude unmittelbar an die Straße stößt, kann entlang dem westlichen Gehweg ein eigener Bahnkörper angelegt werden. Dagegen hat es sich bei näherer Prüfung als ungemüßig erwiesen, auf der nördlich der Schützenstraße gelegenen Strecke, die beiderseits bebaut werden soll, auf einen besonderen Bahnkörper, der hier zwischen zwei Parallelstraßen hätte gelegt werden müssen, zu verzichten.

Um für die Doppelgleise der Straßenbahn hinreichend Platz zu schaffen, muß die derzeit 11 m breite Fahrbahn verbreitert werden. Nördlich der Schützenstraße, wo nach dem Obengesagten die Gleise der Straßenbahn in das Straßenplanum verlegt werden sollen, ist eine Fahrdammbreite von 15 m vorgesehen; die Gehwegbreite soll beiderseits 5 m betragen mit Ausnahme des östlichen Gehweges zwischen Bahnhof- und Schützenstraße, wo er entlang den Vorgärten 3,50 m breit sein wird. Auf dieser Strecke müssen die Räume auf der Ostseite und ein Teil derjenigen auf der Westseite der Straße befreit werden. Für die Strecke südlich der Schützenstraße ist für den Fahrdamm eine Breite von 8 m vorgesehen, die sich an den zwei Haltestellen der Straßenbahn (Garten- und Angartenstraße) eine kurze Strecke lang auf 7,50 m verringert. Der besondere Bahnkörper bedarf einer Breite von 5,85 m. Der Raum zwischen den beiden Gehwegen muß demnach um 2,85 m verbreitert werden. Es entsteht die Frage, ob auf der Ost- oder Westseite verbreitert werden soll, was identisch ist mit der Frage, ob die östliche oder die westliche Baumreihe gepflanzt werden soll. Für die Beantwortung dieser Frage war ausschlaggebend ein neuerliches Gutachten der Gartendirektion, die die Räume auf der Ostseite für gesünder und widerstandsfähiger erklärt hat. Mit Rücksicht hierauf ist der östliche Gehweg in seiner jetzigen Breite von 5,80 m beibehalten; für den westlichen ist eine Breite von 4 m vorgesehen.

Der Fahrdamm soll bei dieser Gelegenheit mit fester Deckung versehen werden. Hinsichtlich der Frage, ob Asphalt- oder Granitdeckung vorzuziehen sei, hat sich der Stadtrat nach zeitlicher Prüfung für das letztere entschieden und glaubt an diesem Standpunkt festhalten zu müssen. Ausschlaggebend hierfür ist der Kostenpunkt. Die Herstellungskosten sind zwar bei beiden Deckungsarten annähernd gleich; sie sind hier zu 152 000 Mk. veranschlagt. Bei der erheblich geringeren Lebensdauer der Asphaltdeckung gegenüber der Granitdeckung (20 Jahre gegen 30 Jahre) und dem viel größeren Unterhaltungs- und Reinigungsaufwand der Asphaltdecke verschiebt sich jedoch das Bild sehr zuungunsten des Asphalts. Berücksichtigt man die erwähnten Gesichtspunkte, so beträgt der jährliche Aufwand für die jetzt herzustellende Strecke bei Asphaltdeckung rund 4000 Mk. mehr als bei der Granitpflasterdeckung.

Der Oberbürgermeister erklärt, daß, falls sich im Kollegium eine Mehrheit für Asphaltpflaster bildet, der Stadtrat dem Wunsche entgegenkommen werde. Jetzt sollte aber vorerst noch kein Asphaltpflaster gelegt werden, denn es würde durch die Bautätigkeit ruiniert werden.

Der Stadtvordirektor wünscht Asphaltierung der Ettlingerstraße und einen besonderen Bahnkörper.

Stadtv. Pöhl findet es bedauerlich, daß der Stadtrat sich nicht die schon oft geäußerten Wünsche nach geräuschlosem Pflaster ad notam genommen hat. Seine Fraktion verlange für alle verkehrsreichen Straßen Asphaltdeckungen. Für die Gehwege ist Zementbelag der beste. Der Errichtung eines besonderen Bahnkörpers könne er zustimmen. Die Ettlingerstraße solle man gleich von vornherein mit Asphaltdeckung versehen.

Stadtv. Willi (Soz.)

Die Meinungen, ob Asphalt oder Granit, war in der Fraktion geteilt. Beide Systeme haben Freunde gefunden. Das gleiche Resultat zeitigte auch die Aussprache über den besonderen Fahrdamm. Das Einverständnis zu einer provisorischen Pflasterung könne seine Fraktion nur dann erklären, wenn solche eine kurzfristige sei; jedenfalls möge es sich aber der Stadtrat gründlich überlegen, bevor er eine zweimalige Vornahme der Pflasterarbeit beschließt. Unter diesen Voraussetzungen stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

Stadtv. Fröhlich spricht sich für Asphaltdeckung aus. Jediglich die Kostenfrage dürfe nicht allein maßgebend sein. Die Frage der Bekleidung des Bahnhofes möge der Stadtrat als ein Ganzes betrachten und im Wege des Wettbewerbs erledigen. Eine Verschleppung über die Schicksalsfrage unseres Elektrizitätswerts würde sich bitter rächen.

Stadtv. Grund erklärt, daß die Meinungen in seiner Fraktion (Zentrum) geteilt waren und die Abstimmung freigegeben sei. Für die Luitfensstraße sollte eine Haltestelle vorgesehen werden. Im allgemeinen könne er der stadträtlichen Vorlage zustimmen.

Stadtv. Strobel spricht sich ebenfalls für Asphaltdeckung aus, aber gegen einen erhöhten Bahndamm.

Stadtv. Oftertag: Der Stadtrat hat in vielen Sitzungen die Frage geprüft und nach bestem Wissen und Gewissen Vorlage gemacht. Das Mißtrauen, welchem Herr Fröhlich Ausdruck verlieh, war zum mindesten überflüssig.

Ein Antrag auf Debatte wird angenommen.

Der Oberbürgermeister erklärt gegenüber den Ausführungen Fröhlichs, daß der Stadtrat die Sache rein sachlich betrachtet habe, im Gegensatz zu dem Verhalten einiger der Anwesenden. Der Stadtrat läßt sich nicht zwingen und hat es auch nicht nötig, sich zu erklären. Eine Vereingewöhnlichkeit gegen irgend einen Stadteil besteht beim Stadtrat nicht. Bei Verwendung von Granit würde auch die einheimische Industrie gefördert, während bei Asphalt das Geld ins Ausland geht.

In Sachen der Straßenbahn und des Elektrizitätswerts muß man sich gedulden; in der Öffentlichkeit können die schwebenden Verhandlungen in ihrem jetzigen Stadium unmöglich behandelt werden.

Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Asphalt. Die Vorlage des Stadtrates wird mit den übrigen Teilen gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Kommunalpolitik.

k. Achern, 22. Juni. In seiner Nr. 137 kommt der „Acher- und Bühler Bote“ auf unsern Bericht über die hiesigen Bürgerausschüßwahlen zu sprechen und versucht in einem bandwurmarigen Artikel unsere Feststellungen als läge, Verleumdung, Verdrehung usw. hinzuzustellen. In unserm Bericht war gesagt, daß der „Bühler Waldmichel“ während des Wahlkampfes die Lippe der freien Gewerkschaften als sozialdemokratische bezeichnete. Wer das Lügen, Verdrehen und das Unbegreifen der Wahrheit am besten versteht, mögen unsere Leser aus folgendem Erguß des Bühler Waldmichel ersehen: „In Achern besteht eine sogenannte „freie Gewerkschaft“. Die Gewerkschaften haben im allgemeinen die Aufgabe, einzelne Zweigorganisationen verschiedener Berufsgruppen in sich zu vereinigen und diese auf neutralem Boden zu vertreten. Die freie Gewerkschaft in Achern wird aber dazu benutzt, unter ihrer Flagge sozialdemokratische Agitation zu treiben.“ Und weiter: „Die obigen Angaben der Genossen, das Zentrum habe einen freigeorganisierten in den Bürgerausschüß gewählt, stimmt. Aber dieser Arbeiter ist nicht organisiert in der freien Gewerkschaft Achern.“ Beim Lesen des letztgenannten Satzes haben wir uns doch fragen müssen, ob bei dem „Acher- und Bühler Bote“ im Oberflächlichen etwas nicht in Ordnung sein muß. Für heute wollen wir dem „Waldmichel“ nur sagen, daß es in Achern nicht nur eine freie Gewerkschaft, sondern eine ganze Anzahl gibt. Dämmert es jetzt dem angeblich „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfenden Zentrumsvorstand? Wenn nicht, sind wir gerne bereit, ihm dazu zu verhelfen. Was wir in Nr. 137 des „Wolfsfreund“ geschrieben haben, stimmt voll auf. Stadtv. Stoll, 21. Juni. Nach Beendigung der Bürgerausschüßwahlen ist die hiesige Bürgerausschüß zusammen aus 36 Vertretern der Nationalliberalen, 18 des Zentrums, 4 der Fortschrittlichen Volkspartei und 2 der Sozialdemokraten.

Aus dem Lande.

Zurück.

— Lichtbildervorträge. Die Partei- und Gewerkschafts-genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Eintrittskarten zu den Ehrlich-Data-606-Vorträgen beim Kamminviertel zu haben sind. Verkäufe niemand, diesen wichtigen Vorträgen einen Besuch abzugewinnen.

— Folgende Fleischverkaufspreise hat die Metzgereiunternehmung vom 15. Juni ds. Js. festgesetzt: Ochsenfleisch 96 Pf., Rindfleisch 94 Pf., Kalbfleisch 1 Mk., Schweinefleisch 94 Pf., Schweinefleisch mit Schwarte 86 Pf., Hammelfleisch 90—100 Pf. Wenn man hinter diese Preisliste die Worte setzte: Der Verkauf an Minderbemittelte ist unmöglich, so wäre das zwar ein schlechter Witz, aber es würde der Satz der Wahrheit entsprechen.

— Erwerbt das habifische Staatsbürgerrecht! Es ist hohe Zeit. Wer die Sache nicht bis zu Anfang des Monats August in Angriff genommen hat, kann nicht mehr mit Sicherheit darauf rechnen, daß seine Aufnahme in den Staatsverband so rechtzeitig erfolgt, um sich noch das Wahlrecht zur nächsten Landtagswahl zu sichern. Alles Nähere durch F. Johr, Hauptstraße 56 III.

Bruchsal.

— Wer hat nun recht? Von der Firma Sulzberger wird uns geschrieben: Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes erlauben wir Sie um Aufnahme folgender Verichtigung: „Es ist nicht wahr, daß Herr Adolf Sulzberger vor dem Schöffengericht angeklagt war, junge Leute über die gesetzliche Zeit beschäftigt zu haben.“ Es ist nicht wahr, daß der Geschäftsführer zugab, daß jugendliche Arbeiter länger beschäftigt wurden.

Ettlingen.

— Zu den Kinderspielplätzen. Eine nicht zu unterschätzende, im Interesse der kulturellen Bedeutung wichtige Frage ist die Schaffung von Kinderspielplätzen. Die fortschreitende Industrialisierung bringt immer mehr Menschen auf einen lokal begrenzten Raum zusammen. Die Stadterwaltung Ettlingen hat aber in Bezug auf Kinderspielplätze so viel wie nichts ge-

tan. Ganz besonders trifft dies auf die Werkstadt zu. Ein zweijähriges Mädchen fiel bei der Schillerbrücke in die Alb, der zwölfjährige Sohn des Landwirts Mee entziff das Kind dem nassen Element. Nun gebührt Anerkennung und Dank. Aber wenn, so fragen wir, trifft die Schuld ob dieses Vorkommnisses? Selbstverständlich die Mutter vom Standpunkt des engbegrenzten Spiegebereichs. Als ob die Mutter ständig hinter den Kindern her sein könnte. Manche Mutter treibt die Gewerksarbeit (eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftspolitik) hinaus zur Berufsarbeit. Den Kindern fehlt die Mutter. Wo ist die Erziehlerin? Unser Gen. Kappler ist es gewesen, der im Stadtvordirektor-Kollegium Anregung zur Kinder- und Spielplatzfrage gab. Man hat nur Hohn und Spott übrig für den Mann der wertvollen Bevölkerung. Für kulturelle Zwecke ist kein Geld vorhanden. Die Erziehung der Jugend in Spiel und Sport ist für den Spieker eine Nebenfrage. Die Sozialdemokratie hat andere Ideale. Ihr gilt die Erziehung der Jugend als eine der wichtigsten Aufgaben. In Ettlingen aber hat man kein Interesse an derartigen kulturellen Aufgaben.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 24. Juni.

Die Lichtbildervorträge

des Gewerkschaftskartells tragen zur Gesundheitsförderung und zur Bereicherung des Wissens ganz besonders bei. Es sollte daher niemand veräumen, sich am Herren-Vortrag, sowie auch am Damen-Vortrag zu beteiligen. Die Programm-Abgabestellen sind bereits einigemal veröffentlicht worden. Es muß deren Abrechnung unbedingt am Vortragsabend bei der am Saalengang befindlichen Kasse erfolgen.

Öffentliche Frauenversammlung.

Gestern Abend fand im „Auerhahn“ eine öffentliche Frauenversammlung statt, die leider nicht sehr stark besucht war. Das Referat hielt Genossin A. Ziek Berlin, die in ihrem Vortrag „Die Frau im wirtschaftlichen und politischen Kampfe“ in trefflicher Weise es verstand, den Frauen das dazugehörige, warum es für sie notwendig ist, sich an politischen Leben zu beteiligen. Eine Diskussion fand nicht statt; als Resultat des Vortrags konnten am Schluß der Versammlung eine Reihe von Neuaufnahmen in die Partei verzeichnet werden. Wir kommen morgen auf den Vortrag näher zurück.

Wie es käme, wenn die elektrische Straßenbahn verschachtet würde.

Der Streik der Straßenbahner in Königsberg i. Pr. ist zumunften der Angehörigen beendet. Diese Bewegung ist schon deshalb von weittragender Bedeutung, hauptsächlich für die unter kommunaler Verwaltung stehenden angestellten, weil Königsberg bis jetzt eine der wenigen deutschen Städte ist, die ihre in eigener Regie betriebene Straßenbahn an das sich in letzter Zeit gebildete Konzern für elektrische Unternehmungen verpachtet hat. Diese Gesellschaft hatte nun nichts besseres zu tun, als ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, wie man die durch den Nachtvertrag mit der Stadtverwaltung übernommenen Pflichten gegenüber dem Personal wieder los werden könne. Bezeichnend dafür ist schon, daß das in letzter Zeit eingestellte Personal zu bedeutend schlechteren Bedingungen arbeiten mußte, wie das früher unter der Stadtverwaltung der Fall war. Durch die bekannten Scharfmadertricks, Unterschreiben von Neberken und dergleichen, suchte man außerdem noch obengenanntes Ziel zu erreichen. Daß es unter dergleichen Verhältnissen dem Personal zu dunt wurde und daselbst diese Schikanen mit einer Lohnforderung beantwortete, wird niemand wundern. Die Vertretung des Straßenbahnkapitals lehnte aber die geringen Forderungen brüst ab und das Ende vom Liede war, daß das Personal nach einer großartig verlaufenen Vollversammlung, einberufen von der Verbandsleitung des Straßenbahner-Verbandes, in den Streik trat.

Nun ging den betreffenden Herren ein Licht auf. Sie hatten es nicht, wie erwartet, mit einzelnen zu tun, sondern mit dem einzigen Personal, das die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhanges wohl zu würdigen wußte. Jetzt ereignete sich aber etwas, das man wohl erwarten konnte, das sich aber in der deutschen Straßenbahnerbewegung bisher noch nicht zugetragen hatte. Dieses Konzernkommandierte einfach Personal samt Kontrolleure von ihren Betrieben in anderen Städten nach Königsberg als Hausmeister ab. Hier sieht man sofort, wieder, wie das Kapital seine Konzentrierung auszunutzen versteht. Wenn es nun trotzdem gelungen ist, dem Kapital eine Niederlage zu bereiten und die Bewegung zumunften der Angestellten zu Ende zu bringen, so ist hauptsächlich nur die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Königsberger Kollegen daran schuld.

Diese Angelegenheit der Königsberger Straßenbahner sollte aber den Karlsruher Kollegen zu denken geben; denn gerade hier geht schon lange das Gerücht um vom Verkauf oder Verpachtung der hiesigen Straßenbahn, ohne daß dieses bis jetzt von der Stadtverwaltung widerprochen worden ist. Der Kampf, den die Königsberger Kollegen eben durchmachen mußten, würde dann bei Verwirklichung obengenannter Gerüchte wahrscheinlich auch den Karlsruher Kollegen nicht erspart bleiben. Was aber eine gute Organisation wert ist, hat nach jeder derartige Kampf bewiesen!

Darum macht Gebrauch von eurem Rechte und beweist damit, daß auch ihr den Geist der Zeit verstanden habt und tretet ein, ihr noch Fernstehenden in eure zuständige Organisation, dem Verband der Straßenbahner Deutschlands, M. d. d. L. B. Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen von der Sektionsleitung und-im Bureau: Wilhelmstraße 47, 3. Stod.

Verständnis. Nach einer Mitteilung des Herrn Justizrats Dr. Lindheimer in Frankfurt a. M. hat die in Frankfurt verheiratete Frau Gräfin von Reichenbach-Lessonitz geb. Freiin Goeler von Ravensburg den Armen ihrer Vaterstadt Karlsruhe den Betrag von 5000 Mk. vermacht.

Ausstellung. Im Kunstgewerbemuseum hier wurde heute vormittag die Wanderausstellung des Verbandes Deutscher Kunstgewerbvereine über „Tafelgeschirr und Tafelwand aus dem letzten 5 Jahrhunderten“ eröffnet.

Feuer entstand auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise gestern Abend 8.30 Uhr in der Wohnung eines Schloßers in der Gerwigstraße. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 200 Mk., auch entstand durch Verbrennen von Kleidungsstücken ein erheblicher Schaden, gegen welchen der Geschädigte nicht versichert ist. Der Brand wurde durch die Feuerwehr gelöscht.

Danksagung.

Für die zahlreiche Leichenbegleitung, für die vielen Kranzspenden, besonders des Heizer- und Maschinisten-Verbandes, für die tröstenden Worte des Kollegen Benkisser anlässlich der Beerdigung unseres lieben Vaters

Konrad Haberacker

sagen wir allen unsern besten Dank. 8808 Die trauernd Hinterbliebenen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Satzstelle Karlsruhe. Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Büro in der Woche vom 23. bis 30. Juni nur von 7-8 Uhr abends geöffnet ist. Vom 1. bis 4. Juli bleibt das Büro wegen Umzug geschlossen. Vom 4. Juli ab befindet sich unsere Geschäftsstelle Bahnhofstraße 50, hintere Quergebäude. Die Ortsverwaltung.

Empfehle

für die ganze Woche prima junges fettes Pferdefleisch (4jährig) pro Pfund 30 Pfennig

Benfalls bringe meine diversen Wurst- und Fleischwaren in empfehlende Erinnerung. 8827 Karl Ohmsmann, Pferdemehger, Sasanenstraße 17. Telefon 1763.

Unwiderruflich in 2 Tagen Ziehung

der großen Frankfurter Luftschiff-Lotterie mit Mk. 100000 Gewinn, Mk. 50000, 10000, 5000 usw., sämtlich mit 90% Bargeld zahlbar. Lose à 3.-, 5 Stück 14.-, 10 Stück 27.-, sind noch überall erhältlich, besonders bei

Carl Götz,

Hebelstraße 11/15, beim Rathaus und Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 60, J. Antweiler, C. Schönewasser, Chr. Wieder. 8200

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Kirchstraße zwischen Südens und Graf Rheinstrasse betr. Aufgrund des § 22 des Ortsstrafengesetzes und des § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrafengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden: Die Eigentümer der an die Kirchstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Strafenkosten zu erheben. Es finden die allgemeinen Grundzüge über den Verlauf der Eigentümer von Grundstücken zu den Strafenkosten nach § 22 des Ortsstrafengesetzes (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benutzbar hergestellt ist. Ein Kostenboranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stehenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplanes, sowie ein Abdruck der erwähnten Grundzüge über den Verlauf der Eigentümer von Grundstücken zu den Strafenkosten liegen bis zum 10. Juli 1912 auf dem Rathaus - Tiefbauamt - zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausschlußvermeidung bis zum 15. Juli 1912 an der geltend zu machen. Zur Abstimmung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke sofort nach der Straßenherstellung fällig sein sollen, wird gemäß § 22 Abs. 2 des Ortsstrafengesetzes Tagssitzung am Mittwoch, den 10. Juli 1912, nachmittags 4 Uhr, im den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit geladen werden. Bei der Abstimmung werden Nichterchienene und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt. 8795 Der Stadtrat: Dr. Horstmann. Schch.

Jüngerer Weißblechspengler für dauernde Arbeit und bei gutem Lohn sofort gesucht. P. Huckschlag, Metallwarenfabrik, Bahnhofstraße 26. 8717

Gaslhans zur Pfalz Bruchsal. 8761 Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. Spezialausgang der Brauerei Beck & Forchheim. Prima Biers- und Fleischwaren. Jeden Dienstag Schlachtag. Lokal des Gewerkschaftsartells und des Arbeiter-Verkehrsvereins. C. Hütel.

Selbständiger Schreiner gesucht von Fr. Weber, Lützenstraße 24. 8804

Ein Darlehen von 800 Mk. wird gegen genügende Sicherheit auf ratenweise Rückzahlung mit 5% von einem in sicherer Stellung stehenden, gelerntem Arbeiter gesucht. Nur Selbstgeber mögen sich melden. Besl. Angebote zu richten an die Expedition des "Vollsfreund" unter Nr. 8791

Russen, Schwaben, sowie sämtliche Küchenkäter vertilgt man sicher und schnell mit Streudosen à 60 Pfg. erhältlich in folgenden Drogerien: W. Baum, Jul. Dehn Nachfg., Otto Fischer, M. Hofheinz, Anton Kintz Nachfg., Otto Mayer, Fritz Reis, Carl Roth, Max Strauß, Gebr. Vetter, Th. Walz. 8646

Pfannkuch & Co

Neue gelbe Italiener Kartoffeln 3 Pfund 30 Pfg. 10 Pfund 95 Pfg. Zentner 9.- Mk. neue Malta-Kartoffeln 3 Pfund 42 Pfg. 10 Pfund 1.35 neue Matjes-Heringe Stück 12 Pfg. neue Bismarck-Heringe Stück 10 Pfg. 4 Liter Dose 2.80 Mk. Holländer Schlangengurken Stück 20, 22 und 25 Pfg. 8786

Versteigerung.

Montag, den 24. Juni, nachmittags 1/3 Uhr, versteigere ich im Auftrage gegen bar 5 Betten, 1 ein. Kinderbett, 2 Schränke, 1 Damen-Schreibtisch, 1 Piano, 1 Nähmaschine, 1 großer Spiegel, 2 Herde, 1 Kistkasten, 1 Grammophon mit 35 doppelseitigen Platten, 1 Wadenwanne, 1 großer Gasheerd mit Brat- und Backofen, 1 Kinderwagen, 1 Transport-Dreirad, 1 Schreibpult, 3 Küchenschäfte, verschied. Küchengeräte, sowie einen großen Posten Frauenkleider und 1 schwere Wäsche, wozu Kaufstübhaber höflich einladet Leop. Gräber 8800 Auktionator.

Der Heuaufrich

von 5 öffentlichen Bedürfnisanstalten soll vergeben werden. Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen Mittwoch, den 26. Juni, vormittags 10 Uhr, an das städtische Tiefbauamt, Rathaus Zimmer 184, einzureichen, wobei die Bedingungen zur Einsicht auflegen und Angebotsvordrucke abgegeben werden. 8681 Karlsruhe, den 17. Juni 1912. Städtisches Tiefbauamt.

Trunksüchtige und deren Angehörige

wenden sich an die Beratungsstelle für Alkohol-Kranke Rathaus II Stock Zimmer 92 a. Eingang Zähringerstrasse Kostenfreie Auskunft an Jedermann. Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr.

Alte Gebisse

läuft fortwährend 8529 Frau Pflüger Zähringerstr. Nr. 33, 3. Stock. Zahle per Zahn 20 Pfg. bis 1.50 Mark.

Vorzügliche Qualität! Erprobte Passform!



Einheitspreis für Herren u. Damen

schwarz und braun, mit und ohne Lackkappen auch ganz Lack Schnür-, Schnallen-, Zug- u. Derby-Stiefel, auch elegante Promenaden-Schuhe Mk. 7.50 jedes Paar, ebenso Bergstiefel, genagelt und ungenagelt. Kaisersstr. 56. Versand nach auswärts gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. 8212

Gesucht für sofort und 1. Juli: Privatköchinnen Dienstmädchen Küchenmädchen

Städtisches Arbeitsamt (weiblicher Arbeitsnachweis) Zähringerstr. 100. Telef. 629. Viel Geld ohne Risiko können tüchtige Vertreter überall verdienen. Anfragen an Postfach 45 Karlsruhe i. V. Cigarrenhaus Mansbacher 7217 Waldhornstraße 53, Ecke Durlacherstraße. Gut sortiertes Lager in Cigarren, Cigaretten u. Tabaken.

Zirpilin Erfolg garantiert.

Das Gaswerk übernimmt die Lieferung von Koks an hiesige Einwohner für die Zeit vom 1. September 1912 b. 31. August 1913. Bestellscheine, welche wir unsern vorjährigen Abnehmern aufstellen ließen, können in den Betrieben Gaswerk I, Kaiserallee 11 und Gaswerk II bei Gottesau abgeholt werden; auf Verlangen werden solche auch zugesandt. Abonnementpreise: Zuckkoks pro Zentner Mk. 1.20 ab Gaswerk, Stückkoks „ „ „ 1.10 „ „ „ Auf Wunsch wird der Koks, bei billigster Berechnung der Fuhrloshöhe, zugeführt. Außer Abonnement kostet der Zentner 10 Pfg. mehr. Der Kleinverkauf zu Tagespreisen findet in beiden Werken vormittags von 11-12 Uhr, nachmittags von 1/4-1/2 Uhr, Samstag vormittags von 8-1 Uhr statt; hierbei wird Koks von einem halben Zentner an abgegeben. Städt. Gaswerk Karlsruhe. 8684

Schuhwaren

aller Art, in nur guten Qualitäten und allen Preislagen empfiehlt Ludwig Betsche, Uhlandstr. 35, Nähe Gostenstr. 6920

Garantiert 29. Juni!

Ziehung der badischen Wohltätigkeits-Geldlotterie 2928 nur Bargewinne 44000 M. Hauptgewinn 20000 M. 127 Gewinne 13000 M. 2800 Gewinne 11000 M. Lose à 1 M. 11 Lose 10 M. 11 Lose 10 M. 11 Lose 10 M. empfiehlt Lott.-Untern. J. Stürmer Strassburg i. E. Langstrasse 107. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstraße 11/15, Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 60, E. Flüge, J. Daringer, 8666

Amerik Brillant Glanz-Stärke

mit der Globus. Fritz Schulz Akt.-Ges. Leipzig. Schützt die schönste Plättwäsche

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote vom 21. Juni: Friedr. Heiligmann von Bretten, Fabrikarbeiter hier, mit Wilhelmine Säger von hier. — Wilh. Volk von Sedach, Heizer hier, mit Alma Benz von Söllingen. — Friedrich Suppe von Großleiningen, Oberpostassistent in Baden, mit Luise Mayer von Hochstetten. — Heinrich Ziegler von Friesenheim, Schmied hier, mit Wilhelmine Kasper geb. Neureuter von Godesheim. — Gustav Bebel von Milschhausen, Architekt hier, mit Emma v. Nordheim von Frankfurt a. M. — Wilhelm Ketterer von Herzogenweiler, Privatdiener hier, mit Elsa Baumann von hier. — Alexander Franck von Etlingen, Maurer hier, mit Auguste Bothe Witwe von Demmin. — Gustav Duffel von hier, Glaser hier, mit Frieda Steinfle von Driesen. — Heinrich Freund von Dittigheim, Schneider hier, mit Maria Karl von Westernhausen. — Anton Koc von Ung-Wood, Kürschner hier, mit Therese Pringer von Fürstentell. — Karl Scheller von Rottschappeln, Schneider in Nürnberg, mit Anna Koch von Forzheim. Eheschließungen vom 20. Juni: Moriz Lederer von Diersburg, Kaufmann in Diersburg, mit Frieda Maier von Malsch. — Emil Billing von Calw, Kaufmann in Paris, mit Luise Baumann von hier. Verlobung 18. Juni: Wilhelm Rejemann von Wülheim a. Ruhr, Maschinenfeiger in Dorne, mit Emma Lehn von hier. Geburten vom 14.-18. Juni: Albert, B. Albin Dietrich, Blechschmied. — Walter, B. Josef Fraunagel, Langlehner. — Klara Wilhelmina Anna, B. Wilh. Rummel, Metzlergehilfe. Geburten vom 17.-19. Juni: Karl Adolf Gottlieb, B. Friedrich Bantje, Zahlmeister-Aspirant. — Berthold, B. Wilh. Kähler, Telegraphenarbeiter. — Gertrud, B. Alfred Fischer, Werkzeugmacher. Todesfälle vom 19. und 20. Juni: Silda alt 1 Jahr 5 Monate 14 Tage B. Gotwin Rauch Tagelöhner. — Elisabeth Vinhard, alt 36 Jahre, Ehefrau des Reviseurs Otto Vinhard. — Anton Lorenz, Hausdiener, ein Ehemann, alt 47 Jahre. — Oskar, alt 1 Jahr 1 Monat 10 Tage, B. Franz Fischer, Sattler. — Silda, alt 3 Monate 21 Tage, B. Joh. Wagenblat, Tagelöhner. Todesfälle vom 19. und 20. Juni: Karl, alt 2 Jahre, B. Josef Braun, Gäbler. — Mathilde Schmitt, Ehefrau des Schuhmachers Josef Schmitt, alt 51 Jahre. — Silda, alt 1 Jahr 5 Monate 14 Tage, B. Gotwin Rauch, Tagelöhner. — Elisabeth Kämer, Ehefrau des Bahnarbeiters Andreas Kämer, alt 68 Jahre.

Zirpilin Erfolg garantiert.

Das Gaswerk übernimmt die Lieferung von Koks an hiesige Einwohner für die Zeit vom 1. September 1912 b. 31. August 1913. Bestellscheine, welche wir unsern vorjährigen Abnehmern aufstellen ließen, können in den Betrieben Gaswerk I, Kaiserallee 11 und Gaswerk II bei Gottesau abgeholt werden; auf Verlangen werden solche auch zugesandt. Abonnementpreise: Zuckkoks pro Zentner Mk. 1.20 ab Gaswerk, Stückkoks „ „ „ 1.10 „ „ „ Auf Wunsch wird der Koks, bei billigster Berechnung der Fuhrloshöhe, zugeführt. Außer Abonnement kostet der Zentner 10 Pfg. mehr. Der Kleinverkauf zu Tagespreisen findet in beiden Werken vormittags von 11-12 Uhr, nachmittags von 1/4-1/2 Uhr, Samstag vormittags von 8-1 Uhr statt; hierbei wird Koks von einem halben Zentner an abgegeben. Städt. Gaswerk Karlsruhe. 8684

Schuhwaren

aller Art, in nur guten Qualitäten und allen Preislagen empfiehlt Ludwig Betsche, Uhlandstr. 35, Nähe Gostenstr. 6920

Garantiert 29. Juni!

Ziehung der badischen Wohltätigkeits-Geldlotterie 2928 nur Bargewinne 44000 M. Hauptgewinn 20000 M. 127 Gewinne 13000 M. 2800 Gewinne 11000 M. Lose à 1 M. 11 Lose 10 M. 11 Lose 10 M. 11 Lose 10 M. empfiehlt Lott.-Untern. J. Stürmer Strassburg i. E. Langstrasse 107. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstraße 11/15, Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 60, E. Flüge, J. Daringer, 8666

Amerik Brillant Glanz-Stärke

mit der Globus. Fritz Schulz Akt.-Ges. Leipzig. Schützt die schönste Plättwäsche

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote vom 21. Juni: Friedr. Heiligmann von Bretten, Fabrikarbeiter hier, mit Wilhelmine Säger von hier. — Wilh. Volk von Sedach, Heizer hier, mit Alma Benz von Söllingen. — Friedrich Suppe von Großleiningen, Oberpostassistent in Baden, mit Luise Mayer von Hochstetten. — Heinrich Ziegler von Friesenheim, Schmied hier, mit Wilhelmine Kasper geb. Neureuter von Godesheim. — Gustav Bebel von Milschhausen, Architekt hier, mit Emma v. Nordheim von Frankfurt a. M. — Wilhelm Ketterer von Herzogenweiler, Privatdiener hier, mit Elsa Baumann von hier. — Alexander Franck von Etlingen, Maurer hier, mit Auguste Bothe Witwe von Demmin. — Gustav Duffel von hier, Glaser hier, mit Frieda Steinfle von Driesen. — Heinrich Freund von Dittigheim, Schneider hier, mit Maria Karl von Westernhausen. — Anton Koc von Ung-Wood, Kürschner hier, mit Therese Pringer von Fürstentell. — Karl Scheller von Rottschappeln, Schneider in Nürnberg, mit Anna Koch von Forzheim. Eheschließungen vom 20. Juni: Moriz Lederer von Diersburg, Kaufmann in Diersburg, mit Frieda Maier von Malsch. — Emil Billing von Calw, Kaufmann in Paris, mit Luise Baumann von hier. Verlobung 18. Juni: Wilhelm Rejemann von Wülheim a. Ruhr, Maschinenfeiger in Dorne, mit Emma Lehn von hier. Geburten vom 14.-18. Juni: Albert, B. Albin Dietrich, Blechschmied. — Walter, B. Josef Fraunagel, Langlehner. — Klara Wilhelmina Anna, B. Wilh. Rummel, Metzlergehilfe. Geburten vom 17.-19. Juni: Karl Adolf Gottlieb, B. Friedrich Bantje, Zahlmeister-Aspirant. — Berthold, B. Wilh. Kähler, Telegraphenarbeiter. — Gertrud, B. Alfred Fischer, Werkzeugmacher. Todesfälle vom 19. und 20. Juni: Silda alt 1 Jahr 5 Monate 14 Tage B. Gotwin Rauch Tagelöhner. — Elisabeth Vinhard, alt 36 Jahre, Ehefrau des Reviseurs Otto Vinhard. — Anton Lorenz, Hausdiener, ein Ehemann, alt 47 Jahre. — Oskar, alt 1 Jahr 1 Monat 10 Tage, B. Franz Fischer, Sattler. — Silda, alt 3 Monate 21 Tage, B. Joh. Wagenblat, Tagelöhner. Todesfälle vom 19. und 20. Juni: Karl, alt 2 Jahre, B. Josef Braun, Gäbler. — Mathilde Schmitt, Ehefrau des Schuhmachers Josef Schmitt, alt 51 Jahre. — Silda, alt 1 Jahr 5 Monate 14 Tage, B. Gotwin Rauch, Tagelöhner. — Elisabeth Kämer, Ehefrau des Bahnarbeiters Andreas Kämer, alt 68 Jahre.

Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in **Christ. Oertel · Karlsruhe** guter Ausführung **Kaiserstr. 101/103 : Tel. 217 : Rabattmarken.**

Sonder-Preise

Montag, Dienstag, Mittwoch

Im Lichthof

Handschuhe Strümpfe Russenkleidchen

Hermann Tietz

„felix Mottl“

Eigentums-Sortiment

Neu-Einführung — Gef. gesch. Nr. 156817.

Nr. 52 felix Mottl „Brünhilde“	Kiste 50 Stück Mk. 4.—
Nr. 78 felix Mottl „fidelio“	Kiste 50 Stück Mk. 5.—
Nr. 109 felix Mottl „Jolde“	Kiste 50 Stück Mk. 6.—
Nr. 123 felix Mottl „Rheingold“	Kiste 50 Stück Mk. 7.50
Nr. 146 felix Mottl „Siegfried“	Kiste 50 Stück Mk. 10.—
Nr. 150 felix Mottl „Lohengrin“	Kiste 25 Stück Mk. 6.25
Nr. 160 felix Mottl „Venus“	Kiste 25 Stück Mk. 7.50
Nr. 170 felix Mottl „Carmen“	Kiste 50 Stück Mk. 20.—
Nr. 180 felix Mottl „Darsival“	Kiste 25 Stück Mk. 12.50

Auf Originalkisten 5% Rabatt. Von Mk. 20.— an franko Versand.

Dieses felix-Mottl-Sortiment enthält erstklassige Sumatra-Havanna-Zigarren.

felix Mottl exquisite 5 Pfg.-Zigarette.

Karl Morlock, Zigarren-Versand, Karlsruhe

Tel. 768. Kaiserstraße 75 — Karl-friedrichstraße 26.

Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 4592.

8803



Montag den 1. Juli beginnen

neue

4, 6 und 8 monatl. Kurse.

Damenkurse zur Ausbildung als **Buchhalterin, Stenotypistin, Kontoristin, Sekretärin** etc.

Herrenkurse zur Ausbildung für die gesamte Kontorpraxis, zu **Buchhaltern und Kontoristen, Stenotypisten** etc.

Lehrlingskurse: **Knaben und Mädchen**, welche aus der Schule entlassen sind und in ein kaufm. Geschäft eintreten sollen, bereiten wir in besonderem Kursus durch Verbesserung ihrer Schrift, Ausbildung in **Stenographie, Buchführung, Korrespondenz, Rechnen, Maschinenschreiben** vor.

Ausführliche Auskunft und Prospekte bereitwilligst durch die

Handelslehranstalt u. Töchterhandelsschule „Merkur“

Karlsruhe, Kaiserstrasse 113 (Ecke Adlerstrasse). — Telefon 2018.

Anmeldungen werden täglich entgegengenommen in der Zeit von 8 bis 12-Uhr und 2 bis 8 Uhr. Sonntags von 9 bis 1 Uhr.

8765

Zur Laden-Eröffnung.

Wegen bedeutender Erweiterung meines Geschäfts im Hause **Erbprinzenstrasse 36**, nächst der Hauptpost, **offriere** meine seit Jahren sehr beliebten



Orig. Stoeber Greif- u. Dürkopp-Fahrräder in erstklassiger Arbeit, sowie **Spezial-Fahrräder** mit Freilauf und Rücktritt zu **65 Mk. kompl.**

Mäntel von Mk. 2.20 an
Schläuche „ „ 2.10
Fusspumpen „ „ 0.65
Laternen „ „ 1.20
Glocken „ „ 0.25

und alle übrigen Teile so **billig** wie jede Konkurrenz.

Nähmaschinen aller Systeme.

Günstige Teilzahlung!

Günstige Teilzahlung!

Karl Steinbach.

Nähmaschinen- und Fahrradhandlung — Reparatur-Werkstätte.
Erbprinzenstrasse 36. Telephone 3296.

Wegen vorgerückter Saison

werden sämtliche

Herrenkleiderstoff-Refte

in nur ausgesucht la. Qualitäten, und nur neuesten Dessin — so lange Vorrat reicht — zu folgenden Ausnahmepreisen abgegeben:

p. Meter **M 2.50, 2.80, 3.—, 3.30, 3.50, 3.80,**
" " **4.—, 4.50, 4.80, 5.—, 5.50, 6.—, 7.—**

Lagerbesuch sehr lohnend — ohne Kaufzwang.

Arthur Baer,

Kaiserstr. 133, I Tr. hoch 8797
Eingang Kreuzstrasse, bei der kleinen Kirche.



Ein großer Posten Emailherde

aus sehr starkem Blech und teilweise doppelte Wände ist für mich eingetroffen. — Sehr gut badend. Alleinverkauf am hiesigen Plage.

Großes Lager in lackierten 6062

Kochherden sowie Gasherden aller Art.

Bevor Sie kaufen vergleichen Sie bei mir Preise und Qualität. Interessenten lade ich ohne Kaufzwang zur Besichtigung ein. Ausstellung in meiner Ladeinrichtung. Man achte genau auf Firma, Straße und Hausnummer.

J. Blum

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte-Magazin
49 Schützenstr. 49 — Telephone 3097.

Viermal so viel Extraktstoffe als Plochinger Apfelmoststoff

chem. Substanzen enthält der aus bereitere Hastrunk, weil nur Früchte. Fertig per Liter auch nur ca. 7 Pfennig.

Kräftiger Hausfrunk Gesetzlich geschützt. **Gesunder Most**

Plochinger Apfelmoststoff

100 Literpaket nur 4 Mk.

Keine Chemikalien nur Früchte

deshalb der natürlichste Volkstrunk

Buch in 50- und 150 Literpaketen zu haben.

Überall Niederlagen, erkenntlich durch Plakate, oder direkt ab Plochingen unter Nachnahme von **Weiss & Co., G. m. b. H., Plochingen a. N.**

Prospekte mit Gebrauchsanweisung gratis und franko.

Blechner- und Installationsgeschäft

wegen Todesfall billig zu verkaufen. 8796
19 Adlerstraße 19, 4. Stod.

Flammer's

15 Pfg.

Neue Packung

15 Pfg.

nickelplattiertes Service.

Geschenk Nr. 42

Sofa wegen Platzmangel billig zu verkaufen. 8799
Degenfeldstraße 3, 2. Et. 7.

Der
Ministe
ung im
einige
lichteit
fennen.
eine ab
rend im
Einwoh
diejem
ungen
hiffer
Durch
seit 187
fähigen
im Jah
durchsch
Das
Deutlich
wohner
1910:
bloß ein
burten
Bevölke
gebracht
wohner
an dem
rend 18
waren,
schritte
haben z
bar wer
Über
die Wei
wisse G
besten
ist inst
machen.
den Gel
sieht mi
Bevölke
wachsen
dem St
eit ein
In
die deu
spottet,
daher v
Deutlich
zu halte
gespenit
figur d
Nachm
erlehen
Gaufer
von run
Zeiten
Friedric
Lehren
Duterd
und das
weiterge
ren zu
anderen
nach M
überdau
Stunde
Brot ge
die Ref
Zunern
Über
iden Le
geltung
Bericht
wenn d
U r s a d
nach M
bolle G
Nordde
suchung
aus be
ganz üb
des 17.
daran
D.